

13 ▶ April/Mai 2003

# europarot

Infoblatt der  
Delegation der PDS  
in der Fraktion GUE/NGL im Europaparlament



## Werden UNO und EU „embedded“ ?

Von Hans Modrow, MdEP

Während diese Zeilen geschrieben werden, wird in Irak noch gestorben, wenn sie erscheinen, wird das Regime von Saddam Hussein gestürzt sein wie die Standbilder des Diktators. Während die glorreichen Sieger verzweifelt nach einem Grund für ihren Krieg suchen – trotz eifriger Forderung haben sie so wenig wie zuvor die In-



spektoren Lager mit Massenvernichtungswaffen entdeckt –, suchen Europas Regierungen nach einer Antwort auf die Frage, was danach kommen wird.

Welche Rolle werden die Vereinten Nationen spielen? Unumwunden hat Bushs Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice geäußert, dass jene, die Blut und Leben für die Befreiung Iraks gaben, auch die Führung nach dem Krieg beanspruchen, während der Präsident der UNO gnädig eine nicht näher definierte vitale Rolle einräumte. So sehr ihm das widerstrebt – Bush braucht die UNO, zum einen, um aus der internationalen Isolierung herauszukommen und dem Krieg im Nachhinein einen Anschein von Legalität zu verleihen, zum anderen, um die Lasten beim Wiederaufbau wie schon nach dem Golfkrieg seines Vaters auf möglichst viele Schultern zu verteilen.

Ob das Kalkül aufgeht, hängt nicht zuletzt von der EU ab, deren Haltung zum Krieg traurig zu nennen noch eine Untertreibung ist. Nicht nur, dass sich einige Regierungen direkt des Völkerrechtsbruchs schuldig gemacht haben, auch das Parlament war außerstande, eine Resolution zu verabschieden, in welcher der Krieg klar verurteilt wurde. Ob sich die EU dazu aufrafft, nunmehr mit einer Stimme zu spre-

chen, ist zweifelhaft. Die Gräben, die der Krieg gerissen hat, scheinen zu tief. Zudem dominiert die Furcht, bei der Verteilung der Kriegsbeute nicht bedacht zu werden. Deshalb mehren sich versöhnlichere Töne. Die EU, so ist zu hören, werde sich ihrer Verantwortung für den Wiederaufbau nicht verweigern. Nach den Erfahrungen der Kriege gegen Jugoslawien und Afghanistan kann das doch nur heißen: Die EU wird kuschen und wieder den Zahlmeister spielen, das Geld wird von jenen Projekten abgezogen, die dem Kampf gegen Hunger und Armut in der Welt dienen.

Vielleicht ist meine Prognose zu pessimistisch, doch ich fürchte, wenn sich die EU in die Strategie der USA „embedded“, also einbetten lässt, wird sie den selbsternannten Weltgendarmen nicht von neuen Alleingängen abhalten, sondern ermutigen. ■

## Nur die Europäische Linke sagt konsequent Nein zum Krieg

Europaweit protestieren Woche für Woche Millionen Menschen gegen den Krieg im Irak. Ihren gewählten Vertretern im Europäischen Parlament war es nach Kriegsbeginn nicht gelungen, sich auf eine Stellungnahme zu einigen. Während sich das Parlament noch im Januar „gegen jeden einseitigen militärischen Präventivangriff“ aussprach, fand nach Beginn des Krieges nicht einmal die Forderung nach sofortiger Beendigung der Kampfhandlungen eine Mehrheit. Die Grünen, Sozialdemokraten und Liberalen begnügten sich damit zu bedauern, dass es keine Legitimierung des Krieges durch die UNO gegeben hat. Für die Konservativen war selbst das Bedauern über den „einseitigen Beschluss der Koalition“ inakzeptabel. Wer lediglich „die Pflicht der diesen Krieg führenden Länder“ feststellte, den Krieg in einer Weise zu führen, „die mit den internationalen Normen und Konventionen im Einklang steht, und insbesondere keine unverhältnismäßige Gewalt anzuwenden“ – setzte sich dem Verdacht aus, den Krieg zu befürworten. Die Fraktion der Linken und Nordischen Grünen hatte den faulen Kompromiß der Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen zum Irak-Krieg abgelehnt und die sofortige Beendigung des Krieges gefordert. Nicht die devote Akzeptanz US-amerikanischer und britischer Politik, sondern eine selbstbewusste, eindeutige kritische Haltung zu Unilateralismus, militärischer Machtpolitik und Missachtung von Recht und Verträgen muss die Antwort Europas auf die US-amerikanische Politik sein. Nur wenn sich das Europäische Parlament unmissverständlich gegen Krieg und für die Stärkung der UNO, die Verteidigung der UNO-Charta, des Völkerrechts und des internationalen Gewaltverbots einsetzt, wird es seiner Verantwortung gegenüber den europäischen Wählern, für Frieden und Sicherheit gerecht.

Von Karin Schüttelpelz

# Umstrittene Agrarpolitik

Von Christel Fiebiger, MDEP

Auf wenig Gegenliebe sind die Kommissionsvorschläge zur Halbzeitbewertung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gestoßen. Zum einen weil sie auf eine vorgezogene Agrarreform hinauslaufen, wodurch der bis 2006 geltende Agenda 2000-Beschluss ausgehebelt würde. Auf der Strecke blieben die Planungssicherheit der Landwirte und die Verlässlichkeit von Politik. Zum anderen ist das Reformprojekt so unausgereift, dass selbst bei den Befürwortern einer Sofortreform das Unbehagen zunimmt.

## Reform ist Liberalisierungsprojekt

Offiziell soll die Reform die EU-Agrargüter wettbewerbsfähiger machen und die GAP an die Erwartungen der Gesellschaft anpassen. Faktisch wird damit eine neue Etappe der seit 1992 betriebenen Liberalisierung eingeleitet werden. Hintergrund ist die aktuelle WTO-Runde, in der eine weitere Senkung der Stützungs- und Schutzmaßnahmen der Landwirtschaft angestrebt wird. Die EU will hierbei die Positionen ihrer agrarstrukturell rückständigen, ohne Subventionen nicht konkurrenzfähigen Landwirtschaft auf den Weltagarmärkten behaupten und ausbauen.

Bereits seit Jahren werden deshalb die garantierten Abnahmepreise von Agrarprodukten gesenkt. Für die Einkommensverluste zahlt die EU den Bauern einen Teilausgleich als Direktbeihilfe. Das trug mit zur weiteren Intensivierung der Agrarbetriebe bei. So hat z. B. die BRD-Landwirtschaft ihre Produktivität durch den Einsatz kapitalintensiver Produktionsmittel auf Kosten der Arbeitsplätze im letztem Jahrzehnt mehr als verdoppelt. Trotzdem besteht das Einkommen der Landwirte zu über 50 % aus Stützungen. Ohne diese müssten zwei Drittel der Betriebe aufgeben.

Die EU setzt daher auf das „Europäische Modell multifunktionaler Landwirtschaft“. Das will sie in der WTO absichern und so die Agrarsubventionen retten, damit die Landwirtschaft sich in einem kontinuierlichen Strukturwandel an die liberalisierten Weltagarmärkte anpassen kann. Dem sind die GAP-Reform-Vorschläge untergeordnet.

## Hauptstreitpunkt Entkopplung

Herzstück der Reform ist die Entkopplung der Direktbeihilfen von konkreten Pro-

duktionsleistungen und ihre Umwandlung in eine Betriebsprämie. Diese soll an Standards des Umwelt- und Tierschutzes und der Lebensmittel- und Betriebssicherheit gebunden werden. Man erwartet davon mehr unternehmerische Flexibilität, eine größere Akzeptanz bei der Bevölkerung und die WTO-Anerkennung der entkoppelten Prämie als nicht handelsverzerrende Subvention. Bislang hat die EU dafür kaum internationale Unterstützung. Ihr wird sogar versteckter Protektionismus vorgeworfen.

Besonders groß ist der Widerstand jedoch innerhalb der EU. Die Betriebsprämie wird nicht zu Unrecht als Einstieg in den Ausstieg aus der Einkommensstützung gefürchtet. Hinzu kommt, dass die derzeit ungerechte Mittelverteilung zwischen Betrieben, Regionen und Staaten bestehen bleibt. Die Entkopplung dürfte zu einer zunehmenden Differenzierung zwischen günstigen und ungünstigen Agrarstandorten führen. Damit wächst die Gefahr, dass in benachteiligten Gebieten, wo Wertschöpfung und Beschäftigung bereits am niedrigsten sind, Produktionspotenziale „vernichtet“ werden.

Sicher wird die Totalentkopplung im Papierkorb landen und durch eine Teilentkopplung ersetzt. Vernünftiger wäre eine Kombination von leistungsabhängiger Grundprämie (Beschäftigung, Umwelt) und produktionsgebundener Zusatzprämie.

## Gewinner und Verlierer

Umstritten ist auch der Modulationsvorschlag. Danach werden die Beihilfen bei großen Betrieben am meisten gekürzt, bei mittleren weniger. Kleine will man verschonen. Die so gewonnenen Mittel sollten ursprünglich zu hundert Prozent in die ländliche Entwicklung fließen. Dem hat der Europäische Rat einen Riegel vorge-schoben. Um die Osterweiterung zu finanzieren, fror er die Agrarausgaben bis 2013 ein. Deshalb benötigt Brüssel den Hauptteil der modulierten Gelder zur Finanzierung des Teilausgleichs weiterer Stützpreiskürzungen. Für ländliche Entwicklung sollen nur 45 % übrig bleiben. Vielleicht sogar weniger, da einige Länder massiv um geringere Kürzungen und höhere Freibeträge ringen.

Die für die ländliche Entwicklung aufgebrauchten Mittel<sup>2</sup> sollen nach Kohäsionskriterien<sup>3</sup> zentral umgeschichtet werden. Hierbei gäbe es Gewinner und Verlierer.

Portugal, Österreich, die Niederlande und Finnland könnten ihren Anteil am „Modulationskuchen“ steigern, während Frankreich, Griechenland, Dänemark, Irland, Großbritannien und auch Deutschland Einbußen hinnehmen müssten<sup>4</sup>. Deshalb fordern Berlin und Paris, deren Nettozahlerposition sich verschlechtern würde, eine Verwendung der Modulationsmittel im jeweiligen Mitgliedsland. Der Modulationsfonds soll kein zweiter Kohäsionsfonds werden.

## Sorgen um Einkommen ernst nehmen

Noch zu Jahresanfang hatte der Agrarkommissar mit optimistischen Einkommensprognosen versucht, den Bauern die Reform schmackhaft zu machen. Jetzt musste er korrigieren. Der Zuwachs des Agrareinkommen pro Arbeitskraft soll bis 2009 – bezogen auf die EU-15 – niedriger ausfallen als ohne Reform. Da wächst Widerstand, auch wegen der aktuellen Lage.

Im Jahr 2002 betrug das Einkommen der EU-Landwirte je Arbeitskraft durchschnittlich 3,8 %. In Deutschland sank das Einkommen sogar um 19,5 %. Hauptursache des Rückgangs in der Gemeinschaft waren fallende Erzeugerpreise, denn die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse konnte um 3,9 % erhöht werden. Deshalb gehen die Vorschläge zur erneuten Preissenkung bei Milch, Getreide und anderen Produkten in die falsche Richtung. Hier soll Preisdumping auf Kosten der Bauern erfolgen, um die Exportförderung mit Blick auf die WTO weiter abbauen zu können.

\*\*\*

Trotz dieser Ungereimtheiten sollen die Reformvorschläge bis Juni verabschiedet werden. Das dürfte kaum gelingen. Zu groß sind die Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten und innerhalb dieser. Der Vorwahlkampf zur Europawahl 2004 hat bereits begonnen. ■

1 Inhalt des „Europäischen Agrarmodells“ ist die Gewährleistung der Einheit von Erzeugung hochwertiger gesunder Nahrungsmittel und nachwachsender Rohstoffe, Schutz natürlicher Ressourcen (Boden, Wasser, Artenvielfalt), Erhaltung abwechslungsreicher Kulturlandschaften und Sicherung breiter wirtschaftlicher Aktivitäten und zukunftsträchtiger Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen.

2 6,6 Mrd. Euro zwischen 2006 und 2012

3 Flächenausstattung, Anzahl der Agrarbeschäftigten und Pro-Kopf-Einkommen

4 Von den rund 850 Mio Euro Kürzungen der Prämien deutscher Bauern zugunsten der ländlichen Entwicklung würden über 200 Mio nicht zurückfließen. Frankreich verlöre sogar 500 Mio Euro.

# Linke Abgeordnete aktiv gegen Krieg und Interventionsstreitkräfte

Millionen Menschen haben weltweit gegen den Krieg im Irak protestiert und von den Politikern verlangt, auf ihre Wähler zu hören. Die Abgeordneten der Fraktion der Vereinten Linken und Nordischen Grünen im Europäischen Parlament haben diese Forderung in das Parlament und die Politik getragen. Sie waren gemeinsam mit friedensbewegten Kollegen der grünen, der sozialdemokratischen und der Fraktion der europäischen Regionalisten im Irak. Sie haben mit Kofi Annan und Hans Blix in New York gesprochen und mit Kongressabgeordneten in Washington diskutiert. Sie haben um Mehrheiten gegen den Irak-Krieg im Europäischen Parlament gerungen und ihren Beitrag dazu geleistet, dass sich deutsche und französische Außenpolitik bei ihrer Ablehnung einer kriegslegitimierenden Sicherheitsratsresolution auf breite politische Zustimmung stützen konnten. Sie haben als Teilnehmer und Redner an den Demonstrationen teilgenommen und sich an Blockaden von Militärtransporten beteiligt. Ein von Francis Wurtz, Vorsitzender der Fraktion der Vereinten Linken und Nordischen Grünen, und Paul Lannoye, grüner Europaabgeordneter aus Belgien, im Dezember initiiertes Aufruf gegen den Krieg trug zu Kriegsbeginn die Unterschriften von über 700 Parlamentariern aus Europa, Lateinamerika und den USA.

Im Ringen um eine gemeinsame Position der EU-Mitgliedstaaten war es im Vorfeld des Irak-Krieges im Europäischen Parlament möglich, Mehrheiten gegen eine militärische Lösung des Konfliktes zu gewinnen. So verabschiedete das Parlament im Februar eine Entschließung in der es heißt: Das Europäische Parlament „lehnt jegliche einseitige Militäraktion ab und ist der Überzeugung, dass ein Präventivschlag weder dem Völkerrecht noch der UN-Charta entsprechen und die Krise verschärfen würde, indem andere Länder in der Region darin verwickelt würden; (es) betont, dass alles getan werden muss, um ein militärisches Eingreifen zu verhindern.“

Schon kurz nach dem Beginn des Krieges haben sich die Mehrheitsverhältnisse wieder verschoben: Das Europäische Parlament hat den Irak-Krieg *nicht* verurteilt, sich aber auf seiner April-Tagung gegen die Stimmen der Fraktion der Vereinten Linken und Nordischen Grünen für die forcierte Schaffung von EU-Interventions-

streitkräften ausgesprochen. Ein Änderungsantrag, in dem 37 Abgeordnete, darunter auch die Abgeordneten der PDS-Delegation, gefordert haben, „dass die Europäische Union den Krieg als Instrument zur Lösung von internationalen Streitigkeiten ablehnen soll“ scheiterte.

Drei Wochen haben die amerikanischen Truppen gebraucht, um die Hauptstadt des Iraks einzunehmen. Die befürchteten monatelangen Kämpfe, die Anwendung chemischer Waffen und andere Horrorszenerien sind nicht eingetreten. Wir sehen Fernseh-Bilder jubelnder Menschen und brennende Portraits von Saddam Hussein. Sie sollen uns sagen: Amerikaner und Briten haben den Irak befreit. „Sieg über Saddam: Hatten die Amerikaner doch Recht?“ titelte Sabine Christiansen am 13. April ihre Sendung. Vergessen, dass dieser Krieg völkerrechtswidrig war. Vergessen, dass er unter dem Vorwand der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen begann. Nur am Rande erwähnt, dass die amerikanischen und britischen Truppen uranhaltige Munition und Streubomben angewendet haben. Wenig erfahren wir über die Kriegsoffer, die Zerstörungen, die Folgen des Zusammenbruchs der Wasser- und Stromversorgung. Kollateralschaden wird man das später nennen. Die öffentliche Meinung soll die Anwendung militärischer Gewalt als Instrument der Außenpolitik wieder akzeptieren.

Der Irak-Krieg hat den Debatten um eine gemeinsame Außenpolitik der EU einen kräftigen Impuls gegeben. Bei allen positiven und wichtigen Aussagen zur Stärkung der UNO und des Völkerrechts sollte nicht übersehen werden, dass parallel dazu militärische Strukturen der Europäischen Union geschaffen werden, die dem Muster amerikanischer Außenpolitik folgen. Die zu würdigende Haltung der deutschen Bundesregierung in der Irak-Frage darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Deutschland diese Strategie unterstützt und maßgeblich forciert. Erinnerung sei hier nur daran, dass unter deutscher Ratspräsidentschaft im Jahr 1999 EU-Politik wurde, was Jacques Chirac und Tony Blair 1998 zur Zukunftsvision erklärt hatten: „Die EU muss in der Lage sein, ihre Rolle auf der internationalen Bühne voll und ganz zu spielen. Dazu muss die Union über autonome Handlungsfähigkeit verfügen, die sich auf glaubwürdige militärische



Kräfte stützt, mit der Möglichkeit, sie einzusetzen, und mit der Bereitschaft, dies zu tun, um auf internationale Krisen zu reagieren.“

Hat der Irak-Krieg, wie die Mehrheit der Abgeordneten des Europäischen Parlaments meinen, gezeigt, dass Europa zur Durchsetzungsfähigkeit seiner Außenpolitik einen militärischen Unterbau braucht? Braucht Europa, um für die USA Partner zu sein, eine starke, weltweit einsetzbare Armee? Der Versuch, den Abstand zwischen den USA und Europa bei den Streitkräften und Rüstungen zu überwinden und derart Einfluss auf amerikanische Politik zu gewinnen, ist nicht nur illusorisch und kostspielig, er führt zu Wettrüsten weltweit – mit allen bekannten Konsequenzen für die sozial-ökonomische Entwicklung. Es mangelt der Europäischen Union nicht an Streitkräften, sondern am politischen Willen, eine gemeinsame Strategie zur präventiven Konfliktverhinderung und zivilen Konfliktlösung zu entwickeln. Der Irak-Konflikt hat das in aller Schärfe gezeigt. Das Denken in militärischen Kategorien trübt den Blick für die Potenzen der Europäischen Union, Frieden und internationale Sicherheit auf anderem Wege zu befördern. Die Alternative ist eine Wirtschafts- und Entwicklungspolitik der EU, die eigenständige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung weltweit ermöglicht und fördert, die Stärkung der UNO und die Entwicklung kooperativer internationaler Beziehungen, Abrüstung und eine konkrete ursachenorientierte Sicherheitspolitik. Dafür Mehrheiten zu gewinnen, das Denken in militärischen Kategorien zu ersetzen durch ein Verständnis von Sicherheit, das durch präventive Konfliktverhütung und ziviles Konfliktmanagement geprägt ist, dafür wirkt die Linke im Europäischen Parlament. ■

Karin Schüttelpelz

# Der Konvent in schwerem Fahrwasser

Von Sylvia-Yvonne Kaufmann,  
MdEP

**Anfang Februar legte das Konventspräsidium Entwürfe für die ersten 16 Artikel der europäischen Verfassung vor. Damit trat der Konvent in seine entscheidende Phase. Bis Mitte Februar wurden dazu über 1000 Änderungsanträge eingereicht.**

Dies verdeutlicht, wie schwierig es wird, die höchst unterschiedlichen Positionen zusammenzuführen. Nun geht es aber unmittelbar zur Sache. Anhand konkreter Textvorschläge wurden bereits zahlreiche Themenkomplexe debattiert – so die Werte und Ziele der EU, die Charakterisierung der Kompetenzen der EU und ihr Wechselverhältnis zu den Mitgliedstaaten und Regionen, die Rolle der nationalen Parlamente und das Subsidiaritätsprinzip, die Reform des europäischen Gesetzgebungsverfahrens und die Stärkung der Rechte des Europaparlaments, ferner die Mitwirkungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft an der demokratischen Ausgestaltung der EU oder der Komplex Innen- und Justizpolitik, wozu die Flüchtlings- und Einwanderungspolitik sowie Europol gehören. Weitgehend Übereinstimmung besteht, die Grundrechtcharta in die Verfassung aufzunehmen.

Während sich zu vielen Fragen noch keine Lösung abzeichnet, hat der Irak-Krieg den Konvent in schweres Fahrwasser gebracht. Die so genannte gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik, die als Ziel europäischer Politik auch in der Verfassung verankert werden soll, erwies sich als schillernde Seifenblase, denn die EU spaltete sich in eine Koalition der Kriegswilligen, die USA-Vorgaben folgen, und der Kriegsgegner, die Europa eher als selbstständige Kraft sehen. Letztere suchen die „europäische Antwort“ auf das welthege- moniale Agieren Bushs aber vor allem im Militärischen. Noch reicht der Euro als potenzielle Leitwährung nicht aus, um das Gewicht des „alten Kontinents“ gegenüber den USA zu erhöhen. Die EU soll deshalb künftig sowohl ihre Sicherheit gewährleisten als auch in der Lage sein, global militärisch zu intervenieren – unabhängig von den USA und der NATO. Ein „voll handlungsfähiges Europa“ sei nicht „ohne eine Stärkung der militärischen Fähigkeiten“ möglich, so der französische und deutsche Außenminister im Konvent. Vor diesem Hintergrund und den Krieg gegen den Irak vor Augen habe ich im Konvent vorgeschlagen, die im Ver-

fassungsentwurf fehlende explizite Friedenspflicht der EU sowie die ausdrückliche Ächtung von Angriffskriegen ebenso in Artikel 3 aufzunehmen wie die Verpflichtung der Union zur strikten Einhaltung des Völkerrechts. Die EU sollte sich selbst und ihre Bürgerinnen und Bürger davor bewahren, US-amerikanische Kriegspolitik nachzuahmen. Sie könnte so demonstrieren, dass sie eigenständig und als Zivilmacht größere Verantwortung in der internationalen Politik zu übernehmen bereit ist. Aber die Beratungen darüber stehen noch aus. Sie werden äußerst kontrovers verlaufen, denn hier ist der Konvent so tief gespalten wie die EU.

Sehr umstritten war Artikel 2, in dem die Werte festgeschrieben werden, auf denen die EU beruht. Das Präsidium hatte vorgeschlagen, lediglich die Werte Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Achtung der Menschenrechte aufzunehmen. Aber der Wert Gleichheit kam nicht vor, obwohl die Arbeitsgruppe „Soziales Europa“ dies einmütig empfohlen hatte. Hinzu kam, dass dem Vorschlag des Präsidiums faktisch eine Zweiteilung der Grundwerte zugrunde lag, indem es obige Werte als „allen Staaten gemeinsam“ charakterisierte und davon abgesetzt formulierte, es werde eine friedliche Gesellschaft „angestrebt“, in der Toleranz, Gerechtigkeit und Solidarität herrschen. Hinter dieser Werterangordnung verbirgt sich mehr als juristischer Kleinkram, denn die Verletzung der erstgenannten Grundwerte wäre in einem EU-Vertragsverletzungsverfahren einklagbar, schwerwiegende Verstöße gegen die

Grundwerte Toleranz, Gerechtigkeit oder Solidarität hingegen nicht. Um dies zu korrigieren, habe ich entsprechende Änderungsanträge eingebracht. Zurückgewiesen habe ich auch die Vorstöße aus dem konservativen Lager, unter Verweis auf die polnische Verfassung einen Gottesbezug in die Verfassung aufzunehmen.

Auch für den Bereich „Inneres und Justiz“ liegen Vorschläge des Präsidiums auf dem Tisch sowie über 700 Änderungsanträge. Diskutiert haben wir darüber Anfang April. Auch hier besteht erheblicher Nachbesserungsbedarf, weil die Demokratisierung des Bereichs „Inneres und Justiz“ nach wie vor unzureichend ist. Besonders bleiben die parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten von Europol unzulänglich. Meine Änderungsvorschläge zielen deshalb darauf ab, bessere Voraussetzungen für eine menschenwürdige Flüchtlings- und Einwanderungspolitik zu schaffen, die Aufgaben von Europol, Eurojust und Europäischer Staatsanwaltschaft durch den Gesetzgeber präzise festzulegen, die uneingeschränkte Kontrolle durch das Europäische Parlament zu sichern sowie eine umfassende gerichtliche Kontrolle zu gewährleisten. Gesichert werden muss, dass die Union Schutz für Menschen in Not gewährt. Geschlechtsspezifische und nichtstaatliche Verfolgung sowie die Flucht vor Kriegsdiensten müssen explizit als Fluchtgründe anerkannt werden.

Bis zum 30. Juni soll derfassungsentwurf fertig sein. Ob dies möglich sein wird, ist ungewiss. Damit ist klar: Der Konvent hat seine Hauptarbeit noch vor sich. ■

*Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Mitglied des Europäischen Konvents*

## Gefährdetes Europa – Gefährliches Europa?

Einmal angenommen, die Schnelle Eingreiftruppe der EU gäbe es schon – würde „Europa“ Schulter an Schulter mit den USA am Persischen Golf Krieg führen? So abwegig ist der Gedanke nicht. Wenn gleich sich die Union wie nie in ihrer Geschichte bezüglich der Position zum Aggressionskrieg gegen Irak entzweit hat, ist der generelle Trend zu einer Militarisierung unübersehbar. Die logistischen Vorbereitungen zur Aufstellung einer Euro-Armee von 60 000 Mann sind schon weit gediehen, in einem von Ex-General Morillon für den Ausschuss für Auswärtiges und

Menschenrechte des EP verfassten Bericht wird eine deutliche Erhöhung der Rüstungsausgaben aller EU-Staaten verlangt, Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg wollen sich über die Koordinierung der Rüstungspotenziale verständigen.

Ist Europa so gefährdet, dass es weltweit einsetzbare Interventionskräfte zu seinem Schutz benötigt – oder stellt Europa zunehmend selbst eine Gefahr dar? Wie muss sich die Linke angesichts der veränderten geopolitischen Lage verhalten? Welche Alternativen gibt es zum ►►

# Kein Grund zu Euphorie

**Die Erweiterung der EU: technisch perfekt, konzeptionell unausgereift**



**Von Hans Modrow, MdEP**

Ob die Erweiterung der EU um 10 neue Staaten von historischem Gewicht ist, wird sich zeigen. Von materiellem Gewicht ist sie zweifellos: Mehrere Kilo wiegt der Beitrittsvertrag, der vom Europaparlament und den nationalen Parlamenten ratifiziert sowie durch Referenden in nahezu allen Beitrittsstaaten bestätigt werden muss. Technisch stellt der Vertrag ein Meisterwerk an technischer Perfektion dar; bis ins kleinste und letzte Detail werden auf rund 7000 Seiten die Ergebnisse siebenjähriger Verhandlungen mit den Kandidatenländer aufgelistet. In den darauf fußenden Länderberichten sowie in dem übergreifenden Bericht des federführenden Auswärtigen Ausschusses wird dem Vertrag zugestimmt und die Aufnahme der Zehn befürwortet.

Garniert wird das Ganze mit wohlklingenden Worten, die namentlich den Bürgern in Ostdeutschland vertraut sind. Die

erweiterte EU wird mehr Wohlstand für alle bringen, hören wir, und keinem werde es schlechter gehen. Unterschlagen wird, dass die Menschen der zehn Staaten in eine Union kommen, die neuen Zerreiß- und Härteproben ausgesetzt ist, deren Folgen noch gar nicht absehbar sind. Wer wie ich am 1. Februar 1990 Deutschland einig Vaterland gesagt hat und dabei wusste, dass er damit den Staat DDR, für den er die Verantwortung trug, auch in die EU führen würde, sollte eigentlich nicht im Verdacht einer fundamentalen Ablehnung der EU stehen – auch wenn er zu ihrer Entwicklung und Verfasstheit sehr kritische Positionen bezieht.

Wenn ich die Erweiterung der EU grundsätzlich befürworte, so sehe ich doch zugleich auch die inhaltlichen Schwächen und konzeptionelle Blößen, die von Anfang an den Verhandlungsprozess begleiteten. Zu Recht kritisiert der Ex-Diplomat und Publizist Günter Gaus in der Berliner

Wochenzeitung „Freitag“, dass in der gedankenlosen Euphorie der Wendezeit die Überdehnung der EU bis hin zu ihrer gründlichen Veränderung fast unerörtert blieb. Im Rausch künftiger Machtgröße, so Gaus, kamen „andere Formen der Vereinigung Osteuropas mit Westeuropa nicht auf die Tagesordnung“.

Diese Kurzsichtigkeit kann sich rächen, denn viele der Probleme sind nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben. Um nur einige zu nennen:

Wie steht es mit der sozialen Gerechtigkeit in der erweiterten EU, wenn die Kluft zwischen Armut und Reichtum so groß ist und weiter wächst? Wenn die Arbeitslosigkeit zweistellig geworden ist und in manchen Regionen mehr als ein Viertel der Erwerbsfähigen beträgt? Wenn der freie Binnenmarkt einen ungehemmten Warenstrom aufnehmen muss, aber die einheimische Industrie weitgehend zerschlagen oder wie in Ostdeutschland nach 1990 zu 90 Prozent in die Hände ausländischer Besitzer übergegangen ist? Welche Folgen hat es, wenn die neuen Länder nur als verlängerte Werkbank westlicher Unternehmen fungieren, die von dem Lohngefälle profitieren?

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass es um die Fördertöpfe nach 2006 ein Hauen und Stechen geben wird. Hier prallen unmittelbar die Bedürfnisse der alten und neuen Mitglieder aufeinander. Ostdeutschland ist direkt betroffen. Wenn die Strukturhilfen nicht nach inhaltlichen Kriterien gewichtet werden, fallen nahezu alle ostdeutschen Regionen aus der höchsten Förderstufe heraus – ohne dass sich ihre Lage auch nur um einen Deut verbessert hätte.

Die historische Dimension des Augenblicks ist unbestritten – streitbar ist jedoch, wie sich die EU in dieser Situation verhält und ob sie sich dem historischen Anspruch gewachsen zeigt. Tut sie es nicht, wird ihre weitere Entwicklung offener sein, als viele es heute wahrhaben wollen. In sofern besteht zu Euphorie kein Grund. ■

►► politisch-militärischen Unilateralismus der USA? In welcher Weise können sinnvoll die Interessen Europas und Asiens in kooperativen Sicherheitsstrukturen in Einklang gebracht werden? Das sind nur einige der Fragen, denen sich auf Anregung von Hans Modrow die im Auftrag der Fraktion der GUE / NGL erarbeitete Studie zur Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union zuwendet. An der Studie haben neben Projektleiter Hans-Werner Deim, einem ehemaligen Generalmajor der Nationalen

Volksarmee der DDR, ranghohe russische Militärs und Militärwissenschaftler mitgearbeitet. Die Autoren unterziehen gelungenen und misslungenen Bemühungen zur Gewährleistung der Sicherheit im 20. Jahrhundert einer gründlichen Analyse und setzen sich mit den Herausforderungen und Bedrohungen des 21. Jahrhunderts auseinander, um die Möglichkeiten der EU für eine friedensstiftende Rolle in der Welt auszuloten. Mit der Studie wird der Versuch unternommen, nüchtern und ohne Voreingenommenheit

auch ungewöhnliche und unorthodoxe Lösungen für europäische, asiatische (eurasische) und globale Sicherheitsbelange und -erfordernisse zu suchen und zu begründen. Ergänzt wird die Studie durch Vorträge, die die PDS-Politiker André Brie und Hans Modrow auf der sicherheitspolitischen Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung im November 2002 in Berlin hielten. ■

Gerd Prokot

Die Studie kann unter der im Impressum angegebenen Adresse bestellt werden.

# Erhöhung der Sicherheit im Seeverkehr im Visier

Von **Helmuth Markov und Thomas Raeck**

**Der internationale Seeverkehr ist in den letzten Jahren immer dann in die Schlagzeilen der Medien geraten, wenn es große Schiffsunfälle mit schwerwiegenden Folgen für Mensch, Natur und Umwelt gegeben hat.**

Das letzte große Desaster der Schifffahrt hat die Diskussion in der EU über die Gewährleistung der Sicherheit des Schiffsverkehrs in neuer Dimension angefacht. Der Tanker „Prestige“ hatte 70 000 Tonnen Schweröl im Hafen Ventspils in Lettland geladen, die Ostsee und Nordsee passiert und war dann im Atlantik vor der spanischen Küste bei schwerer See in Seenot geraten. Nach der höchst umstrittenen Entscheidung der spanischen Behörden, den havarierten Tanker auf hohe See zu schleppen und damit noch ungewissen Wetter- und Seebedingungen auszusetzen, brach das Schiff nach 6 Tagen Fahrt in zwei Teile und sank in 3800 m Tiefe auf den Meeresboden. Über die Hälfte der Ladung ist seitdem aus dem Wrack ausgetreten und hat zu der größten Meeres- und Küstenverschmutzung in der Geschichte der Seefahrt geführt.

Im Hinblick auf das Ausmaß der Katastrophe und die Umstände des Unglücks hatten die Mitte-Links-Fraktionen des Europäischen Parlaments die Einsetzung eines zeitweiligen Untersuchungsausschusses gefordert. Das wurde jedoch von der parlamentarischen Mehrheit der konservativen und liberalen Abgeordneten verhindert. Statt dessen wurde der Ausschuss für Regionalpolitik, Verkehr und Tourismus beauftragt, eine Anhörung in Brüssel durchzuführen und Delegationen nach Spanien und Frankreich zur Inspektion vor Ort zu entsenden. Des Weiteren wurde der belgische Liberale Dirk Sterckx bestimmt, um einen Bericht über die Ursachen des Unglücks mit Schlussfolgerungen für die künftige Vermeidung derartiger Katastrophen anzufertigen. Von den Ergebnissen dieser Aktivitäten sollte abhängen, ob doch noch über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses entschieden werden müsste.

Die Fraktion der Linken hatte sich bei den Debatten im Parlament und bei Treffen mit den Betroffenen aus Spanien, Frankreich und Portugal insbesondere dafür eingesetzt, dass „Billigflaggen“ der Zugang zu EU-Häfen generell verweigert

und diese auch für die EU selbst verboten werden sollte. Darüber hinaus wurde nachdrücklich gefordert, Gewerkschaften und Interessenverbände in die Ausarbeitung und Umsetzung der neuen Maßnahmen zur Erhöhung der maritimen Sicherheit einzubeziehen.

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments sind sich mit Rat und Kommission darin einig, dass ein ganzer Komplex von Maßnahmen zu ergreifen ist,



November 2002: Die „Prestige“ sinkt

dem sowohl die von der internationalen Seefahrtsorganisation garantierte Freiheit der Meere als auch das Erfordernis des Schutzes von Natur und Umwelt, die die Lebensgrundlagen für Tausende Fischer und Küstenbewohner bilden, zugrunde liegt. Im Vordergrund stehen Maßnahmen zur stärkeren Kontrolle der Schiffe, insbesondere der „Billigflaggen“ und deren Fahrt durch Gewässer der EU bzw. deren Anlaufen von Häfen der EU. Dazu wird eine verbesserte Hafenstaatskontrolle aller Schiffe, die Errichtung eines Netzes von „Fluchthäfen“ für Schiffe in Not entlang der Küsten der EU, die Einrichtung einer einheitlichen Küstenwache der EU sowie verbindliche Ausbildungs- und Sozialstandards für Besatzungen von Schiffen der EU gefordert. Der Rat ist bei einer Reihe von Fragen wie Hafenstaatskontrolle und Fluchthäfen den Vorschlägen des Parlaments gefolgt, bei anderen Fragen dauert die Diskussion noch an. Zur besseren Ausarbeitung aller erforderlichen Maßnahmen und zur Koordinierung ihrer Umsetzung in den Mitgliedstaaten wurde die Etablierung einer europäischen Agentur für Meeressicherheit beschlossen. Doch wie so oft bei den langwierigen Verfahren der europäischen Gesetzgebung bilden Beschlüsse des Rates und die Zustimmung des Parlaments erst die Hälfte des Weges, da nun die Mitgliedstaaten die Umsetzung

in nationales Recht bzw. in nationale Praxis vornehmen müssen.

Besonderes Augenmerk verdient der Streit um die rechtlichen Aspekte, da erstmals der Europäische Rat bereits im Dezember beschlossen hatte, für die EU striktere Regeln einzuführen und anzuwenden als die geltenden der Internationalen Seefahrtsorganisation. Das berührt eine Grundfrage des Agierens der EU in vielen Bereichen des internationalen Handels,

wo bisher immer die Möglichkeit einer weitergehenden Rechtssetzung für das Gebiet der EU ausgeschlossen wurde. Die zuständige Kommissarin Loyola de Palacio bezeichnete in einer Diskussion im Parlament das aktuelle Seerecht als Recht des 19. Jahrhunderts. In der modernen Seefahrt würden riesige Mengen Öl und Gefahrgüter über die Meere und Ozeane transportiert, die enorme Gefahren und Risiken für Mensch und Natur herauf beschwören. Im ak-

tuellen internationalen Seerecht wird das nicht berücksichtigt, weshalb ein dringender Bedarf zur Überarbeitung besteht. Die EU könne und müsse sich sowohl innerhalb der IMO\* für entsprechende Verhandlungen stark machen, als auch mit eigenen Maßnahmen den Weg der erforderlichen Anpassungen vorzeichnen. Dieser Auffassung ist auch aus unserer Sicht nur zuzustimmen.

Die Verkehrsminister der EU haben Ende März 2003 beschlossen, ab dem Jahr 2010 das Ein- oder Auslaufen von einwandigen Tankern in die bzw. aus den Häfen der EU, wie auch generell den Transport von Schwerölerzeugnissen mit Ein-Hüllen-Tankern zu verbieten. Das ist die vorerst bedeutendste Konsequenz aus dem schweren Unglück des Tankers „Prestige“. Mit dieser Entscheidung wird der Prozess der Ausmusterung der Ein-Hüllen-Tanker, der trotz des vorherigen schweren Tankerunglücks der „Erika“ im Dezember 1999 erst für 2015 vorgesehen war, beschleunigt. Darüber hinaus soll im Rahmen der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation die weltweite Ausmusterung von Ein-Hüllen-Tankschiffen erreicht werden.

Bleibt zu hoffen, dass den Meeren und Ozeanen unserer empfindlichen Erde möglichst lange neue Katastrophen erspart bleiben. ■

\* International Maritime Organization

## Vorgestellt: Vasemmistoliitto Die Linksallianz Finnlands

In der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg war die „Demokratische Bewegung des finnischen Volkes (Suomen kansan Demokraattinen liitto) die Dachorganisation der Kommunistischen Partei bei den Wahlen. In der Krise des realen Sozialismus am Ende der achtziger Jahre wurde sie durch die Linksallianz (Vasemmistoliitto) ersetzt. Diese Allianz profitierte anfangs noch von dem großen materiellen Vermögen der Partei. Doch als Ergebnis von verfehlten Spekulationen an der Börse schmolzen diese Ressourcen schnell dahin. Am Ende stand nur der unehrenhafte ökonomische Bankrott der Kommunistischen Partei.

Im Gegensatz dazu stehen die Erfolge der Linksallianz bei den Wahlen. Im westeuropäischen Vergleich sind die jeweils erreichten 10-12 Prozent aller Stimmen ein gutes Ergebnis. In den kürzlich im März 2003 stattgefundenen Wahlen erhielt die Linksallianz 9,9 Prozent. Sie kann damit 19 Abgeordnete von insgesamt 200 im finnischen Parlament stellen, einen weniger als bei den vorangegangenen Wahlen.

Die Allianz ist seit 1995 Regierungspartei und hatte sich zum Ziel gesetzt, bei der im April stattgefundenen Neubildung der finnischen Regierung erneut Koalitionspartner zu werden. Für westeuropäische Verhältnisse war schon die bisherige Koalition unter Einschluss von Repräsentanten sowohl rechter als auch linker Positionen, bei der die Zentrumsparterie regelmäßig in der Opposition stand, ausgesprochen ungewöhnlich. Bei den Märzwahlen hat nun allerdings die Zentrumsparterie auf Kosten der Konservativen stark zugelegt, so dass sie in die Regierung eingetreten ist und die Konservativen in die Opposition gehen mussten. Auch die Linksallianz gehört nun nicht mehr der Koalition an.

In der Wirtschaftspolitik verteidigt die Linksallianz die Zusammenarbeit von Regierung, Unternehmern und Lohnabhängigen. Dieser Kooperatismus ist in der finnischen Politik das bestimmende Element. Keine Partei stellt diese heilige Dreieinigkeit des Kooperatismus in Frage. Sie ist die Basis der Macht der Sozialdemokratischen Partei und die Grundlage für die Zusammenarbeit unterschiedlichster politischer Kräfte mit ihr in der Regierung.

Innerhalb der Allianz sind es vor allem die Führer der sich an der Linksallianz ori-

entierenden Gewerkschaft, die sich für eine enge Zusammenarbeit der linken Parteien stark machen und damit die Linksallianz fest an die Sozialdemokraten binden. Diejenigen, die sich hingegen für eine stärkere linke Profilierung aussprechen, kritisieren diesen Kurs.

Die Linksallianz versucht gegenwärtig ihr Image in Richtung einer rot-grünen Orientierung zu verändern. Sie hat sich daher klar gegen den Bau von weiteren Atomkraftwerken ausgesprochen. Das erfreut nicht unbedingt jene Mitglieder, die in den Gewerkschaften verankert sind, doch wird von ihnen im Gegenzug nicht verlangt, dass sie sich am Parlament stur an diese Vorgaben der Partei halten.

Als Finnland 1995 der Europäischen Union beitrug, hatten sich die Anhänger der Linksallianz in ihrer großen Mehrheit gegen die Mitgliedschaft ausgesprochen. Es ist wahrscheinlich, dass sich an dieser Einstellung seitdem nicht viel verändert hat, da bei den Wahlen zum Europäischen Parlament die europakritischen Kandida-

Was aber die Frage einer NATO-Mitgliedschaft Finnlands angeht, so sind die Wähler der Partei fast geschlossen dagegen. Gemäß den regelmäßigen Meinungsumfragen zur NATO-Mitgliedschaft waren zu keinem Zeitpunkt nie mehr als 1/5 der gesamten Bevölkerung Finnlands für einen Beitritt, gegenwärtig sind es sogar nur 12%. Möglicherweise wird aber die Frage einer finnischen Mitgliedschaft von der zu bildenden Regierung in der neuen Legislaturperiode aufgeworfen werden.

Nach dem ökonomischen Zusammenbruch der alten Kommunistischen Partei hat sich die KP außerhalb der Linksallianz neu gegründet. Mit weniger als einem Prozent bei den Wahlen ist sie aber marginalisiert. Für die Linksallianz stellt sie daher kein Problem dar.

Die politische Plattform der Linksallianz zielt nicht in Richtung des Aufbaus des Sozialismus. Das Selbstverständnis gründet sich vielmehr auf die Verteidigung des Wohlstands der Bevölkerung. Dies ist die Basis, auf der die Linksallianz zur wich-



ten der Allianz regelmäßig beträchtlich mehr Stimmen erhalten als jene, die sich für eine Vertiefung der Integration aussprechen.

Die Linksallianz betreibt keine aktive europäische Politik. In ihren letzten Erklärungen zu europäischen Fragen verteidigt sie eine antiföderalistische Linie und spricht sie sich für eine Allianz unabhängiger Staaten und gegen ein föderales Europa aus. In der praktischen Regierungsarbeit verhält sie sich im Umgang mit ihren föderal orientierten Partnern hingegen pragmatisch.

tigsten mittelgroßen Partei Finnlands geworden ist. Die Partei hat bei den Wahlen regelmäßig eine größere Anhängerschaft als die Grünen, die vor allem von jüngeren Wählern gewählt werden. Mit 8 Prozent erhielten die Grünen bei den letzten Wahlen 14 Sitze. Die Anhängerschaft der Linksallianz besteht dagegen aus der mittelalten bis älteren Wählern aus der Arbeiterklasse mit gesellschaftlich konservativen aber sozialpolitisch antikapitalistischen Werten. ■

Esko Seppänen

übersetzt von Andreas Wehr

### Europaabgeordneter der Linksallianz

**Esko Seppänen** ■ vertritt als einziger Abgeordneter die Linksallianz Finnlands im Europäischen Parlament. Er ist dort Mitglied im Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie. Zusammen mit seinen drei schwedischen Kollegen von der Linkspartei und der dänischen Abgeordneten von der Sozialistischen Volkspartei bildet er die Gruppe der Nordischen Grünen Linken in der Fraktion GUE/NGL.

Esko Seppänen ist von Beruf Ökonom und hat lange Zeit als Wirtschaftsjournalist gearbeitet. Von 1987 bis 1996 gehörte er dem Finnischen Parlament an und war dort von 1991 bis 1996 Vorsitzender des Umweltausschusses. Seit 1996 ist er Mitglied des Europäischen Parlaments.

Seit 1990 ist er Mitglied des Vorstands der Linksallianz und seit 1998 ist er auch ihr stellvertretender Vorsitzender. ■

# Endlich Freiheit für die „kurdische Pasionaria“ Leyla Zana?

Von Feleknas Uca,  
MdEP

28. März 2003. Gerichtssaal in Ankara. Eröffnet wird die Neuverhandlung gegen Leyla Zana und weitere drei ehemalige kurdische Abgeordnete des türkischen Parlaments. Gemeinsam mit meinem italienischen Fraktionskollegen Luigi Vinci nehme ich am Prozessauftakt teil. Wir sind die einzigen Abgeordneten des Europaparlaments, die den Prozessbeginn gegen die Trägerin des Sacharow-Preises des Europäischen Parlaments und ihre Kollegen verfolgen. Im streng abgeriegelten Gerichtssaal sind Vertreter der Europäischen Kommission, Griechenlands, das derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat, sowie des Europarats, auch Vertreter der deutschen und der britischen Botschaft und eine Reihe türkischer Abgeordneter, unter ihnen der Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses.

Seit neun Jahren sitzt Leyla Zana im Gefängnis. Ihr Vergehen: Sie hatte es gewagt, im Jahr 1991 nach ihrer Wahl als erste weibliche kurdische Abgeordnete im türkischen Parlament einen Satz auf Kurdisch zu sagen. Dies wurde ihr als Unterstützung der PKK ausgelegt und brachte ihr eine Strafe von 15 Jahren Gefängnis ein – gefordert



worden war sogar die Todesstrafe. Alle internationalen Proteste und auch das 2001 erfolgte Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs, in dem das Verfahren als unfair eingestuft wurde, führten bislang nicht zu ihrer Freilassung. Nun besteht jedoch neue Hoffnung, da eine Revision des Verfahrens zugelassen wurde. Dies allein ist schon ein Novum in der Türkei. Möglich wurde es durch die Reformen, die die Türkei, wenn auch nur zögerlich, im Rahmen ihrer Bemühungen um einen EU-Beitritt begonnen hat. So wird Leyla Zana diesmal keinem Militärtribunal gegenüberstehen wie noch 1994 bei ihrer Verurteilung. Die neue Rechtsgrundlage besagt zudem, dass Kurdisch im Gegensatz zu damals nicht mehr verboten ist. Schlecht stehen ihre Chancen also nicht, freigesprochen zu werden.

Jedoch: Die Erwartungen, dass Leyla Zana direkt am ersten Verhandlungstag freigelassen werden würde, haben sich nicht erfüllt. Mit Verweis auf die fehlenden Vernehmungen der Belastungszeugen, die allesamt nicht zur Verhandlung erschienen waren, wurde der Prozess auf den 25. April vertagt. Auch dieser Termin wird wieder große internationale Aufmerksamkeit auf sich ziehen, ist das Verfahren doch eine Art Test auf

I M P R E S S U M

Europäisches Parlament



Herausgegeben  
von der PDS-Delegation  
in der Konföderalen Fraktion der  
Vereinten Europäischen Linken/  
Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

Rue Wiertz  
ASP 09 G 206  
B-1047 Brüssel  
Belgien  
<http://www.pds-europa.de>

V.i.S.d.P. Sylvia-Yvonne Kaufmann  
Redaktionsschluss: 17. April 2003

Satz & Gestaltung: Michael Pickardt  
Druck: Druckhaus Schöneweide  
Auflage: 10.000

die Ernsthaftigkeit des Reformprozesses in der Türkei. Die bisherigen Signale sind mehr als widersprüchlich. Erst vor kurzem hat das türkische Verfassungsgericht die HADEP verboten – also die Nachfolgepartei der DEP, der Leyla Zana angehörte und die im Rahmen ihres Prozesses verboten worden war. Und auch dem Parteizusammenschluss DEHAP, in dem die HADEP bei den letzten Parlamentswahlen antrat, droht ein Verbot. Skepsis hinsichtlich der Reformen ist also angebracht – und internationaler Druck weiterhin notwendig. ■

## Betriebsrenten – Spielgeld für Europas Finanzbranche?

Am 12. März 2003 hat das Europäische Parlament eine Richtlinie „über Tätigkeiten von Einrichtungen zur betrieblichen Altersversorgung“ im Grundsatz gebilligt. Damit wird ein Einstieg in einen EU-Binnenmarkt für Betriebsrentensysteme und zum Aufbau EU-weiter Pensionsfonds erreicht.

Die Richtlinie beinhaltet eine Liberalisierung der bisher unterschiedlichen Anlagevorschriften für die Beiträge zur betrieblichen Altersvorsorge. Künftig können 70 Prozent des Portfolios eines Betriebsrentensystems in Aktien oder Unternehmensanleihen angelegt – auch auf Risikokapitalmärkten – und 30 Prozent in Wertpapieren, die in ausländischen Währungen gezeichnet sind, investiert werden.

Für die Sicherheit der Betriebsrenten gibt es hingegen wenig Garantien. Die Fi-

nanzdienstleister müssen die Versicherten lediglich über ihre Anlagestrategie, ihre individuellen Rechte, ihren Kontenstand und über die allgemeine finanzielle Situation des Betriebsrentensystems korrekt informieren. Die Richtlinie macht keine Auflagen, dass wenigstens die Summe der eingezahlten Beiträge am Ende ausgezahlt wird. Eine verbindliche Mindestverzinsung oder irgendeine Form garantierter monatlicher Zahlungen vom Renteneintritt bis zum Lebensende werden ebenfalls nicht verlangt. Die Richtlinie lässt den Finanzdienstleistern also große Spielräume, bietet aber wenig Sicherheit für die betrieblichen Altersrenten der Versicherten. Sie passt damit gut in das Gesamtbild der „Rentenreformen“ in der EU, die auf einen rapiden Sozialabbau hinauslaufen.

Die Gewerkschaften haben die Auseinandersetzung um die Richtlinie weitgehend verschlafen. Dennoch tut sich was. Noch bei der ersten Lesung stimmten Sozialdemokraten, Konservative und Liberale im EP geschlossen für den Entwurf. In der zweiten Lesung gab es immerhin 156 Stimmen für einen Antrag der GUE/NGL-Fraktion, die Ratsposition zur Richtlinie zurückzuweisen.

Wir wurden von der Fraktion der Grünen und von rund 50 kritischen Abgeordneten aus der Sozialdemokratie unterstützt. Sind das erste Anzeichen einer neuen „sozialen Sensibilität“ bei den Sozis, um den eingeschlagenen Kurs bei den Rentenreformen kritischer ins Visier zu nehmen? ■

Klaus Dräger